

EINGEGANGEN

29. Okt. 2015

Erl. gll



**René Röspel**

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

René Röspel, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

NaturFreunde Deutschlands  
Landesverband NRW e. V.  
Herrn Matthias Möller  
Ebberg 1

58239 Schwerte

**Platz der Republik**

Unter den Linden 50 (Zi 4055)  
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 7 33 20 / 7 73 22

☎ (030) 227 – 7 63 22

✉ rene.roespel@bundestag.de

MitarbeiterIn: René Reinhardt  
Richard Blomberg  
Jacqueline Puci

**Wahlkreisbüro**

Elberfelder Straße 57

58095 Hagen

☎ (02331) 91 94 58

☎ (02331) 92 54 37

✉ rene.roespel@wk.bundestag.de

Mitarbeiter: Jochen Milde

[www.roespel.de](http://www.roespel.de)

Hagen, den 25. Okt. 2015/ rei

Lieber Naturfreund Möller,

vielen Dank für Ihre Zuschrift vom 12. Oktober zum Thema Fracking, die ich hiermit gerne beantworte.

Zunächst möchte ich klarstellen: In der Tat befinden sich die Koalitionspartner derzeit in Verhandlungen über die Ausgestaltung einer gesetzlichen Regelung zum (Nicht-)Einsatz von Fracktechnologien in Deutschland. Der in Ihrem Schreiben erwähnte Gesetzentwurf, der vor der Sommerpause zur Abstimmung stand, wurde nicht zur Abstimmung gebracht, weil die SPD-Bundestagsfraktion Bedenken hinsichtlich der geplanten Expertenkommission geäußert hatte. Derzeit wird also noch weiter über die geplante Regelung verhandelt, weswegen – anders als in manchen Medien dargestellt – keine Abstimmung zum Thema unmittelbar bevorsteht. Insbesondere von Seiten des Wirtschaftsflügels unseres Koalitionspartners CDU/CSU wird aber auf eine möglichst liberale Regelung gedrängt.

Im Rahmen der Landesgruppe NRW der SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns auf ein Grundsatzpapier zum Thema Fracking geeinigt, welches ich Ihnen im Anhang übermittle. Darin können Sie nachlesen, dass wir uns als NRW-Abgeordnete u.a. dafür einsetzen, dass der Schutz des Trinkwassers und der Gesundheit oberste Priorität haben.



---

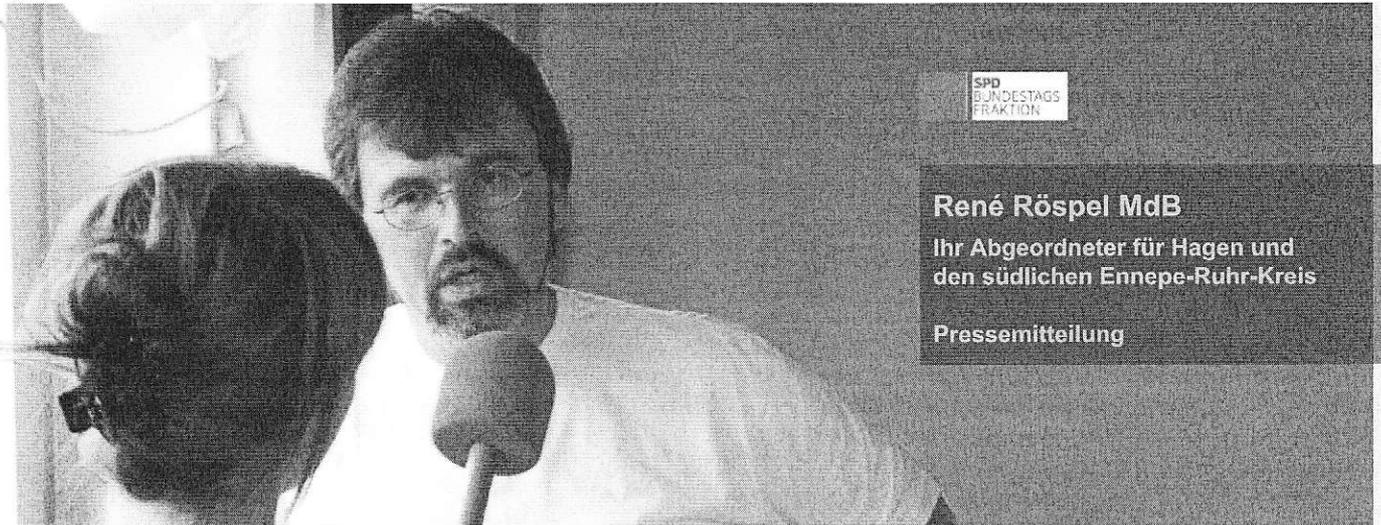
Ebenfalls lehnen wir geplante Expertenkommission ab. Die Entscheidung zur Anwendung (bzw. zum Verbot) von Fracktechnologien in Deutschland muss von den gewählten Vertretern des Deutschen Bundestags getroffen werden und kann nicht an eine Expertenkommission delegiert werden.

Ich kann folglich die Skepsis vieler Bürger gut verstehen. Nicht nur sie erwarten (zu Recht!), dass die Politik tätig wird, um mögliche Umweltschäden im Rahmen der unkonventionellen Erdgasförderung durch Fracking abzuwenden. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat sich unkonventionelles Fracking mit seinen Auswirkungen in Kanada angeschaut und ist seitdem erklärte US-Fracking-Gegnerin.

Wie Sie meiner Pressemitteilung vom 27.03.15 entnehmen können bin ich ebenfalls für ein Fracking-Verbot (nachzulesen unter: <http://www.roespel.de/presse/15-03-27-fracking.htm>). Allerdings kann dies eben auch bedeuten, dass wir eine gesetzliche Regelung hierfür brauchen. Daher bin ich einer gesetzlichen Regelung nicht grundsätzlich abgeneigt, denn nur auf diese Weise kann diese Technik nachhaltig in Deutschland reguliert werden. Daher muss ich Ihnen auch in einem Punkt widersprechen: In Ihrem Schreiben stellen Sie dar, dass durch den geplanten Gesetzentwurf einseitig „Rechtssicherheit für die Konzerne“ hergestellt würde. Hierzu möchte ich folgenden ergänzenden Hinweis geben: Diese Rechtssicherheit gilt auch für die öffentliche Hand. Denn auch die Versagung einer Genehmigung des Einsatzes von Fracktechnologie bei der Erdgasförderung bedarf einer materiellen Grundlage von Seiten der öffentlichen Hand. Obwohl ich einen Einsatz dieser Technik in NRW nicht für wünschenswert halte, so bin ich einer gesetzlichen Regelung grundsätzlich nicht abgeneigt. Letztlich hängt es immer von der Ausgestaltung des Gesetzentwurfs ab. Ich werde daher die laufenden Verhandlungen abwarten und mir auf Grundlage des Ergebnisses mein Abstimmungsverhalten festlegen.

Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen zu Ihrer Zufriedenheit beantworten und verbleibe

*Mit freundlichen Grüßen und Besten!*  
*René Röspel*



SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

**René Röspel MdB**

**Ihr Abgeordneter für Hagen und  
den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis**

**Pressemitteilung**

Sie können diese Nachrichten als Newsfeed abonnieren. Klicken Sie bitte hier!

News / Aktuelles

Termine

Wahlkreis

- Pressemitteilungen
- Wahlkreisbüros
- Wahlkreis-Links
- Videos

Bundestag

Zur Person

Kontakt

Links / Service

Energie/Klima/Umwelt

Impressum

## Röspel: NRW-SPD-Abgeordnete fordern generelles Fracking-Verbot

27. 3. 15

Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW sprechen sich geschlossen für ein Moratorium von Fracking aus, teilt der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete René Röspel mit: „Wegen der heute unabsehbaren Risiken der Technologie wollen wir ein klares Verbot bis mindestens 2021.“

Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit habe absolute Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen, erläutert Röspel. Zurzeit seien die Risiken des unkonventionellen Frackings nicht absehbar. Ob Fracking in einiger Zeit eine Option sein könne, sei zurzeit nicht abschließend zu beantworten. Deshalb brauche man ein wirksames Moratorium, das nicht „durch eine wie auch immer geartete Expertenkommission“ durchlöchert werden dürfe. Ein Fachleutegremium könne und dürfe in keinem Fall eine Entscheidung des demokratisch legitimierten Bundestages ersetzen.